A3 2. Mentale Gesundheit stärken – Ein zukunftsfähiges Gesundheitssystem für Baden-Württemberg

Antragsteller*in:	Landesvorstand GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg (Beschluss vom 28.3.2025)
Tagesordnungspunkt:	3 Mehr Mut zur Jugend - Politik nur mit uns!

Antragstext

Die mentale Gesundheit von jungen Menschen verschlechtert sich zunehmend. Viele junge Menschen leiden unter psychischen Herausforderungen. Das Land muss dieses Problem ernst nehmen und die mentale Gesundheit junger Menschen in der Gesellschaft deutlich verbessern. Dafür braucht es den schnellen **Ausbau ambulanter und stationärer Therapieangebote** durch die gezielte Förderung von Einrichtungen in Landeszuständigkeit. **Psychosoziale Notfalldienste** müssen landesweit rund um die Uhr erreichbar sein, insbesondere für junge Menschen in akuten Notsituationen. **Schulen und Hochschulen sowie Kindergärten sollen verpflichtend Konzepte** zur Förderung der mentalen Gesundheit auflegen und umsetzen, etwa durch **Schulpsychologinnen und Stresspräventionsprogramme**. Zudem müssen **Jugendzentren und Freizeiteinrichtungen gestärkt** und das entsprechende Personal auf psychische Herausforderungen der jungen Menschen vorbereitet werden, um sichere Rückzugsorte und Unterstützungsangebote im Alltag zu schaffen.

Darüber hinaus müssen Übergangsstellen wie **psychosoziale Beratungsstellen und Sucht- sowie Suizidpräventionsstellen** vom Land ausgebaut werden. Um das Stadt-Land-Gefälle zu verringern, sollten **bezuschusste Therapieangebote in ländlichen Regionen** eingeführt werden. Die **Jugendpsychiatrie muss gestärkt** und unterbezahlte Jugendtherapien besser finanziert werden, beispielsweise durch die Investition in landeseigene Einrichtungen. Ein **Landesbeirat für psychische Gesundheit** soll die bestehenden Bedarfe direkt einbringen können und auch bei der Entwicklung einer **landesweiten Strategie gegen Einsamkeit** unterstützen. Schließlich ist auch eine **umfassende gesellschaftliche Aufklärung** notwendig, um die Stigmatisierung psychischer Erkrankungen zu überwinden und die mentale Gesundheit als wichtigen Bestandteil der Gesundheitsversorgung auf politischer Ebene stärker zu verankern. Angehende Beamt*innen sollen durch die Zuhilfenahme von therapeutischen Angeboten nicht benachteiligt werden oder sogar ihre Verbeamtung gefährden. Gerade in psychisch belastenden Berufen, wie dem Polizeidienst, sollten Beamt*innen psychosoziale Beratungsangebote vom ersten Tag ihrer Ausbildung an zur Verfügung stehen.

Das Land soll für Notfälle gemeinsam mit den Kommunen Konzepte zur **Versorgung mit Seelsorger*innen** im öffentlichen Raum entwickeln und umsetzen. Besonders **vulnerable Gruppenwie Geflüchtete, Alleinerziehende oder LGBTQIA+ Personen benötigen spezifische Unterstützungsangebote,** um ihre mentale Gesundheit nachhaltig zu stärken. Hierfür sollen gesonderte Angebote geschaffen werden.

Für eine bessere allgemeine Gesundheitsversorgung müssen **geschlechtsspezifische Unterschiede in Krankheitsverläufen** in die Gesundheitsstrategie des Landes einbezogen und durch gezielte Forschung besser adressiert werden. In der medizinischen Ausbildung fehlt es oft an flächendeckender Kenntnis zu Schwangerschaftsabbrüchen. Es muss sichergestellt werden, dass Medizinstudierende und angehende Ärzt*innen umfassend zu diesem Thema geschult werden. Zudem sollen landesweit nach dem Vorbild Heidelbergs **Gewaltambulanzen mit Rechtsmediziner*innen** für Vergewaltigungsopfer zur Beweissicherung eingerichtet werden. **Beratungsangebote für Schwangerschaftsabbrüche** sollen landesweit flächendeckend zur Verfügung gestellt werden. Die **Forschung zu ME/CFS** muss ausgebaut und der Kenntnisstand der Forschung effektiver in die Fläche getragen werden. Hierzu muss das Land die **Sensibilisierung und Schulung der Pflegekräfte und Ärzt*innen** stärker vorantreiben.

Gleichzeitig muss die **Arbeit von Pflegekräften** endlich angemessen entlohnt werden, um den Beruf attraktiver zu machen und der **Personalnot in Krankenhäusernund Pflegeeinrichtungen** entgegenzuwirken. So muss das Land endlich die bundesgesetzlich geregelte **Personalbemessung und deren Einhaltung** sicherstellen. Darüber hinaus muss das Land bei **Ausbildung und Qualifizierung** einen besseren **Einstieg in die Ausbildung zur Fachkraft** ermöglichen und **anfallende Investitionskosten bei Pflegeeinrichtungen** übernehmen.

Unterstützer*innen

Mara Newman